

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Kinder raus!“

Wir möchten nicht verhehlen, dass wir über diese Antwort, die sicher viel Arbeit gemacht hat, enttäuscht sind. Wir hätten uns gewünscht, zu prüfen, was an Möglichkeiten geht. Erhalten haben wir eine detaillierte Übersicht, warum es nicht geht. In Unterhaching gibt es ca. 4.000 Kinder. Unsere Jugend stemmt weiterhin eine Riesenlast dieser Pandemie, noch nicht einmal Schulunterricht im Herbst ist gesichert. Kinder waren über ein Jahr „verräumt“, nun wäre es an der Zeit, alle Anstrengung darauf zu verwenden, dass sie unbeschwerte Ferien haben und gesund bleiben. Und dabei brauchen sie die Unterstützung von uns Erwachsenen.

„Brücken bauen“ ist sicher eine gute Intention des Kultusministeriums, aber zum einen noch unklar, zum anderen ersetzen die schulische Bildung, Lückenschließen und Nachhilfe keinesfalls den Bewegungsmangel. Zudem sollen Kinder sich möglichst wenig drinnen treffen. Auf der anderen Seite wäre es fatal, dass Einzelkinder nach der langen Zeit der Isolation auch die Ferien alleine drinnen verbringen müssen.

In der Überschrift unseres Antrags steht „es sollten Möglichkeiten gesucht werden in Absprache mit Trägern“. Deshalb reicht uns die Auskunft ein „anderer Träger, kann keine Entscheidung“ nicht zur Ablehnung, wir baten ja gerade um Absprache, was möglich sein könnte.

Wir freuen uns über zahlreiche Angebote des Ferienprogramms, aber das deckt nur einen Bruchteil ab. Nicht alle Angebote sind kostenfrei und stellen Familien, gerade mit mehreren Kindern, vor finanzielle Schwierigkeiten. Geld für kostenpflichtige Angebote bis 200 Euro pro Woche sind sehr hoch, wenn eine Familie mit 2 oder mehr Kindern 3 Wochen abdecken soll! Die Auswertung des Ferienprogramms ergibt, dass nicht jeder Tag der Schulplätze belegt ist. Drei Angebote des ganzen Ferienprogramms sind an Schulen, brauchen auch eine Mindestanzahl, um überhaupt stattzufinden (Tanz, Interkulturelle Begegnungen, Breakdance) und dann sicher nicht das ganze Gelände. Das Wochenende wäre ganz frei.

Sogar der Bund hat ein Programm aufgesetzt, „Aktionsprogramm aufholen“ nach Corona für Kinder und Jugendliche für 2021 und 2022. Evt. gäbe es da sogar Zuschüsse.

Unsere Spielplätze sind jetzt schon voll. Deshalb bitten wir heute, keinen ablehnenden Beschluss zu fassen, sondern im Sinn der Kinder noch einmal zu prüfen, ob nicht wenigstens einige Tage freigegeben werden können.

Uns geht es nicht um einen Beschluss, der wäre nicht zielführend, sondern um die Umsetzung. Die Kosten für das Personal würden sich dann ebenfalls stark dezimieren und wären für die physische und psychische Gesundheit der Kinder gut investiert.